Gemeinde Hemsbünde

Protokoll

der öffentlichen Sitzung des

G e m e i n d e r a t e s

am 20.03.2013

Sitzungsdauer: 19.30 – 21.25 Uhr

Sitzungsort: in der Mehrzweckhalle über dem Schießstand der Gemeinde Hemsbünde

(Struck)
Bürgermeister

(Ringleb)
Protokollführung

Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus den folgenden Seiten

Anwesenheitsliste: gemäß beigefügter Anwesenheitsliste vom 20.03.2013

sowie	Herr Fehlig	Kämmerer der Samtgemeinde Bothel
	Herr Wölki	Rotenburger Kreiszeitung
	Herr Voigt	Rotenburger Rundschau

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit des Rates

BGM Struck eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ratsmitglieder, die Pressevertreter, Herrn Fehlig und interessierte Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Hemsbünde. BGM Struck stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

BGM Struck verweist auf die Erweiterung der Tagesordnung und stellt den Antrag die Tagesordnung wie folgt zu ergänzen:

TOP 10 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion der WWH der Kreistag möge die Entscheidung über den Rindermaststall Hassel an sich ziehen

Beschluss: einstimmig

Die folgenden Tagesordnungspunkte werden weiterführend durchnummeriert.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 27.11.2012

Das vorbezeichnete Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der Friedhofsausschusssitzung vom 11.05.2011 gemäß dem Beschluss der Ausschusssitzung vom 22.11.2012

BGM Struck weist darauf hin, dass nur Ratsmitglieder an der Abstimmung teilnehmen dürfen, die auch dem Rat der vergangenen Legislaturperiode angehört haben.

Das vorbezeichnete Protokoll wird mit 7 Dafür-Stimmen genehmigt.

TOP 5 Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung, des Haushaltsplanes und Stellenplanes für das Jahr 2013 (siehe beigefügter Entwurf)

BGM Struck bittet RH Brinker über die Beratungen im Fachausschuss zu berichten.

Ratsherr Brinker erklärt, dass zunächst ein internes nichtöffentliches Abstimmungsgespräch mit allen Ratsmitgliedern und anschließend ein vorbereitendes Gespräch mit dem Kämmerer über die Aufstellung des Haushaltsplanes stattgefunden haben. Dabei wurden Wünsche, Ideen und Notwendigkeiten überlegt, die dann in die Aufstellung des Haushaltsplanes eingeflossen sind. Ratsherr Brinker ergänzt, dass alle gewünschten Anforderungen für 2013 berücksichtigt werden konnten, da die Gemeinde Hemsbünde über eine stabile Finanzlage verfügt. Die Mitglieder des Finanzausschusses haben dem Entwurf für den Haushaltsplan 2013 einstimmig zugestimmt.

Herr Fehlig, der Kämmerer der Samtgemeinde erklärt, dass für das Haushaltsjahr 2013 nun der zweite doppische Haushalt aufgestellt wurde.
Rückblickend auf den letzten kameralistischen Haushalt im **Jahr 2011** ist festzustellen, dass die Rücklage einen Bestand von rd. 158.000 € ausgewiesen hat und dem Vermögenshaushalt rd. 110.000 € zugeführt werden konnten.
Für das Haushaltsjahr **2012** zeichnet sich eine positive Einnahmeentwicklung ab (der Jahresabschluss wird derzeit vorbereitet), so dass mit einem Zahlungsmittelüberschuss von ca.

130.000 € gerechnet werden kann. Es wird kein Fehlbetrag ausgewiesen. Die Kasseneinnahmereste haben sich reduziert. Dabei handelt es sich um gestundete Beiträge oder Steuern. Die Haushaltsmittel für Maßnahmen, die im Jahr 2012 nicht umgesetzt und damit nicht abgerufen wurden, werden in das Haushaltsjahr 2013 übergeleitet und stehen dann für weitere Aktivitäten zur Verfügung.

A. Herr Fehlig gibt einen Überblick über die **Entwicklung der Steuereinnahmen**. Dabei ist zu bemerken, dass die Gewerbesteuereinnahmen und die Umsatzsteuerbeteiligungen rückläufig sind. Der Einkommenssteueranteil dagegen ist gestiegen. Darin spiegelt sich die Beschäftigungsquote der Einwohner wieder. Die Hundesteuereinnahmen sind leicht rückläufig.

B. Herr Fehlig verteilt Schaubilder zu folgenden Entwicklungen:

- **Personalkosten** in der Gemeinde Hemsbünde (80%ige Steigerung in den letzten 11 Jahren durch die Tarifstrukturänderung im sozialen Bereich)
- **Finanzausgleichsfunktion** innerhalb der Samtgemeinde (analog dem Länderfinanzausgleich)
- **Einnahmen** und **Ausgaben** in der Gemeinde Hemsbünde. Die Gemeinde verfügt über ein Optimum an Steuerkraft und damit über eine solide Finanzsituation. Perspektivisch können anstehende Projekte in den kommenden Jahren realisiert werden.

Herr Fehlig verteilt außerdem die vom Finanzausschuss geforderte **Produktaufteilung** für die Kita Hemsbünde.

C. Herr Fehlig stellt den **Produktplan** vor, im Wesentlichen die **geplanten Investitionen** für das Jahr 2013

Budget Nr. (Ausgaben)	**geplante Investitionen**	**Betrag**
111-03	Erneuerung Telefon-DV-Anlage	1.500 €
111-10-01	Gutachten für Tennisplatz	500 €
111-10-04	Erneuerung Fußboden im Kiga	2.500 €
111-10-05	Ausschnitt Tür, Sprechanlage in der Krippe	1.000 €
111-10-06	Energetische Sanierung DGH	200.000 €
111-10-07	Unterstand Großgeräte	30.000 €
365-01-01	Fortbildungsmaßnahmen und weitere Anschaffungen (Möbel, Spielsachen, Gebrauchsgegenstände) im Kiga	4.500 €
365-01-02	Fortbildungsmaßnahmen und weitere Anschaffungen (Möbel, Spielsachen, Gebrauchsgegenstände) in der Krippe	900 €
541-01-01	Bürgersteigsanierung „Dorfstraße"	30.000 €
541-01-02	Tiefbaumaßnahme „Hübenkamp"	18.000 €
571-01	Wirtschaftsförderung	6.600 €
612-01	Kreditaufnahme KfW für Investitionen	180.000 €

Budget Nr. (Einnahmen)	**Beschreibung**	**Betrag**
365-01-01	Zuweisungen Land (letztes Kigajahr)	75.000 €
365-01-01	Zuweisungen Kreis (vorletztes Kigajahr) (Zahlungen erst ab dem 2. Halbjahr 2012)	40.000 €
365-01-01	Elternentgelte (weniger, da Zuschüsse gezahlt werden)	30.000 €

RF Muschter stellt fest, dass die investiven Maßnahmen für das DGH gesplittet werden sollten. Damit würden auch Mittel zur Verfügung stehen, um die dringend notwendigen energetischen Sanierungsmaßnahmen im Kiga zeitnah realisiert zu können.

D. Herr Fehlig stellt den **Stellenplan** vor:

Die bis 31.08.2013 befristete Stelle in der Krippe ist in den Stellenplan aufgenommen worden. Gehaltssteigerungen mussten nicht berücksichtigt werden, da keine Tarifabschlüsse für die Kommunen in diesem Jahr anstehen.

E. Herr Fehlig gibt weitere Informationen:

- Die laufenden Darlehnsverträge enden im Jahr 2019.
- Für die Budgets „Friedhof" und „Straßenbeleuchtung" wurden die gleichen Ansätze wie 2012 veranschlagt.

- Die neu zu beschaffende Motorsäge wurde bisher nicht im Plan berücksichtigt. Diese wird nachträglich im Haushaltsplan veranschlagt.
- Für die Jahr 2014 sind die Maßnahmen „Krummer Acker" und „Querungshilfen in Hastedt/Worth" berücksichtigt worden. Die Querungshilfen werden nur dann bezuschusst, wenn Rückläufe aus dem „Hohe Heide" Projekt fließen.
- Die Planungsdaten für die Jahre 2014 bis 2016 sehen Mittel für investive Maßnahmen in Höhe von jeweils 150.000 € vor. Dafür müssen keine Darlehn aufgenommen werden. Vielmehr werden diese Summen erwirtschaftet.

RH Brinker bemerkt, dass nicht nur energetische Sanierungsmaßnahmen für das DGH angedacht sind, sondern auch für den Kindergarten und den Schießstand. Die detailierten Prüfungen und Planungen werden in die Wege geleitet werden. Eine Prioritätenliste wurde bisher nicht erarbeitet.

RF Frömming betont, dass diese Liste im Bau- und Planungsausschuss beraten wird.

RF Muschter appelliert, dass die Schäden im Kiga zeitnah abgestellt werden müssen. Realisierungskonzepte für das Jahr 2014 hält RF Muschter für zu spät.

BGM Struck betont, dass die Entwicklung im Kindergarten derzeit noch nicht beurteilt werden kann. Danach wird sich das zukünftige Konzept ausrichten und möglicherweise eine Neubewertung der Sanierungsprioritäten (DGH und/oder Kiga) noch für das Jahr 2013 ableiten.

RF Muschter stimmt diesen Ausführungen zu.

RF Muschter erfragt wie hoch der Anteil der Personalkosten für die Kita ist.

RH Philipp stellt fest, dass in den Produktplänen für die Kita keine Personalkosten berücksichtigt wurden. RH Philipp stellt fest, dass Personalkosten für die Kita in Höhe von 279.000 € entstehen.

Herr Fehlig erklärt, dass die Personalkosten für die Kita in der Jahresrechnung verteilt dargestellt werden.

RH Brinker bedankt sich bei Herrn Fehlig für den ausführlichen Vortrag zum Haushaltsplan 2013, die Erläuterungen und Ergänzungen, die aus den Fragen und Aufgaben der Sitzung des Finanzausschusses resultierten.

RH Brinker stellt den Antrag, die Haushaltssatzung der Gemeinde Hemsbünde für das Haushaltsjahr 2013 wie vorgestellt zu beschließen.

Beschluss: einstimmig

TOP 6 Beratung und Beschlussfassung über die Aufhebung des Beschlusses des Gemeinderates vom 27.11.2012 zu TOP 10

BGM Struck erläutert, dass dieser TOP aus Formalitätsgründen zu beschließen ist und stellt den TOP zum Antrag.

Beschluss: einstimmig

TOP 7 Beratung und Beschlussfassung über das in Kraft treten der Satzungsänderung zur Wiedereinführung des 1 1/2 –fachen Gebührensatzes für die Betreuung auswärtiger Kinder in der Kindertagesstätte der Gemeinde Hemsbünde und der Verlängerung der Öffnungszeiten zum 01.08.2013 (gemäß beigefügter Beschlussvorlage)

BGM Struck stellt den TOP gemäß der Beschlussvorlage zum Antrag.

RF Muschter erfragt, wie das Verfahren bei Satzungsänderungen abläuft.

Herr Fehlig erklärt, dass Satzungsänderungen grundsätzlich von der Samtgemeinde erarbeitet werden. Zu Grunde gelegt werden dabei, die juristisch ausgearbeiteten Entwürfe des Städte- und Gemeindebundes, sowie die Ideen und Anregungen aus den Kommunen.

RH Philipp regt an, zukünftig eine Gegenüberstellung der Alt- und Neufassung vorzunehmen, damit die Ratsmitglieder „nicht in die Falle laufen."

RF Frömming stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und fordert entsprechend die beantragte Abstimmung für den TOP ein.

RH Brinker betont, dass die damalige Änderungssatzung keinen Abschreibfehler enthalten hat.

Der Antrag wird mit 8 Dafür-Stimmen und 3 Dagegen-Stimmen genehmigt.

TOP 8 Beratung und Beschlussfassung über die Sperrung des Gemeindeverbindungsweges zwischen Hemsbünde und Worth gemäß beigefügter Beschlussvorlage)

RF Muschter berichtet, dass diese Thematik bereits mehrfach im Fachausschuss beraten worden ist. Die Fahrbahn verfügt über sehr viele, tiefe Schlaglöcher. Auf dem Seitenstreifen ist eine neue Fahrtrasse entstanden, wodurch dieser fast zerstört ist. Verschiedene Überlegungen wurden angestellt, wie der Weg wiederhergestellt/gerettet werden kann (grätern, sperren, abtrennen des Seitenstreifens). RF Muschter regt an, nun die Möglichkeiten zu diskutieren, die am Geeignetsten sind.

BGM Struck führt aus, dass der Durchgangsverkehr zugenommen hat und der Weg entweder bis März gesperrt werden könnte oder auch probeweise für ein Jahr. Dazu könnte ein Wall, etwa auf der Höhe „Schulsteeg" aufgefüllt werden.

RF Frömming erfragt, wie die Anlieger ihre zu bewirtschafteten Grundstücke erreichen können.

BGM Struck erklärt, dass alle Grundstücke erreichbar bleiben.

RH Brinker merkt an, dass im vergangenen Jahr bereits das Grätern des Weges vorgesehen war. Leider ist dies nicht durchgeführt worden. RH Brinker stellt in Frage, ob der Verkehr tatsächlich zugenommen hat, denn stichhaltige Beweise dafür gibt es nicht (Verkehrszählung). Auf Grund des schlechten Allgemeinzustandes des Weges ist die Forderung nach einer kurzfristigen Sperrung nachvollziehbar. RH Brinker bezweifelt, ob eine langfristige Sperrung durchsetzbar ist. RH Brinker stellt fest, dass die Gemeinde zur Unterhaltung des Gemeindeverbindungsweges verpflichtet ist.

RH Delventhal erklärt, dass der Gemeindeverbindungsweg über einen Sommer- und Winterweg verfügt. Die Begrünung des Seitenstreifens ist sichergestellt. RH Delventhal vermutet bei diesem Antrag die Verwirklichung von Eigeninteressen.

RF Muschter betont, dass Schuldzuweisungen deplatziert sind, weil die Frage geklärt werden muss, wie der Weg erhalten bzw. wiederhergestellt werden kann.

RH Heinecke merkt an, dass dieser Weg in den Jahren 1971/72 entstanden ist. Er war sogar als Teerstraße geplant, um den Einwohnern aus Hastedt/Worth die Fahrtstrecke nach Bothel zu erleichtern.

RH Philipp stellt fest, dass eine Schließung des Weges nur dann begründet werden kann, wenn die Verkehrssicherheit des Weges nicht mehr gegeben ist.

RH Prigge stimmt der Aussage von RH Philipp zu.

RF Frömming stellt den Antrag, den Gemeindeverbindungsweg zwischen Hemsbünde und Worth vorläufig zu sperren, bis die Verkehrssicherheit wieder gegeben ist.

BGM Struck ergänzt, dass sobald die Frostperiode beendet ist und die Witterung es zulässt, der Weg gegrätert wird. Anschließend kann die Durchfahrt dann wieder geöffnet werden.

RH Brinker bemerkt, dass „man dies so tun kann, wenn man es denn tut".

RH Hintelmann schlägt eine vorläufige Sperrung bis Mitte Mai vor. Nach dem Grätern des Weges wird er für die Durchfahrt wieder freigegeben.

RH Delventhal widerspricht entschieden einer Sperrung des Weges. „Es handelt sich um einen Wirtschaft- und Gemeindeverbindungsweg." RH Delventhal betont, dass keine Verkehrszählung durchgeführt wurde. Die Behauptung, der Verkehr habe deutlich zugenommen ist „virtuell gefühlt."

RF Muschter erfragt, wie der Weg gesperrt werden könnte.

BGM Struck erklärt, dass entweder, wie bereits vorgeschlagen, ein Wall aufgefahren oder ein Schlagbaum aufgestellt werden könnte.

RH Prigge merkt an, dass hierbei Vorschriften zu beachten wären.

Der Antrag wird mit 5 Dafür-Stimmen und 6 Dagegen-Stimmen abgelehnt.

TOP 9 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der SPD-Fraktion über die Positionierung der Gemeinde Hemsbünde zur Erdgassuche durch Hydraulik Fracturing (Fracking) und den Umbaumaßnahmen auf der Bohrstelle Z1 /Worth (siehe beigefügter Antrag)

RF Frömming verliest den Text der Resolution.

RF Frömming stellt die Thematik in Kürze dar. Die Bohrungen an der Bohrstell Z1 Worth sind festgefahren. Ob eine neue Erschließungsbohrung erfolgt ist ungewiss. Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass eine Frackingmaßnahme zu einem späteren Zeitpunkt beantragt wird.

RF Frömming erklärt, dass der Rat der Gemeinde Hemsbünde sich hierzu mit dieser Resolution eindeutig positionieren sollte.

BGM Struck betont, dass es wünschenswert wäre, wenn sich der Rat entschließt, diese Resolution zu unterstützen.

RH Delventhal erklärt, dass er gegen eine Resolution ist. „Verbote bringen gar nichts". RH Delventhal betont, dass in jüngster Zeit zwischen der Exxon und den Bürgern eine Annäherung stattfindet. RH Delventhal führt aus, dass „wir diejenigen sind, die die Energie verbrauchen. Was hilft ist Verzicht. Wir aber wollen unseren Lebensstandard erhalten und sogar erweitern. Überall auf der Welt wird gefrackt."

RF Frömming betont, dass diese Thematik ausführlich zu diskutieren wäre. RF Frömming verweist auf den vorgelegten Antrag, über den der Rat zu entscheiden hat.

RF Muschter stimmt RF Delventhal grundsätzlich zu.

RF Muschter fügt ergänzende Argumente gegen das Fracken hinzu. RF Muschter erklärt, dass nicht alle Umweltmöglichkeiten genutzt werden. Als Beispiel nennt RF Muschter die Verwendung von nichtgereinigtem Wasser zum Verpressungsvorgang. Auch wird das Erdgas, das hier durch Fracken gewonnen wird, nicht der Region zur Verfügung gestellt, sondern in andere Länder verkauft wird.

Der Antrag wird mit 8 Dafür-Stimmen, 1-Dagegen-Stimme und 2 Enthaltungen genehmigt.

Herr Fehlig bemerkt, dass die Resolution über die Samtgemeinde an den Landkreis gesendet wird.

TOP 10 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion der WWH der Kreistag möge die Entscheidung über den Rindermaststall Hassel an sich ziehen

RF Muschter erklärt, dass dieses Genehmigungsverfahren die politischen Gremien bereits seit geraumer Zeit beschäftigt. Das gemeindliche Einvernehmen wurde fristgerecht verweigert. Der LK ROW hat dann die Gemeinde aufgefordert einen städtebaulichen Vertrag über den Ausbau der Straße abzuschließen. RF Muschter vermutet, dass der LK ROW mit seiner Bearbeitungspraxis die Genehmigung des Bauantrages „scheibchenweisen" vorantreiben wollte. Das Vertrauen in die Genehmigungsabläufe ist nicht mehr gegeben. Insbesondere

bestehen Zweifel, ob die Interessen der Gemeinde, der öffentlichen Belange und dem Gemeinwohl gewahrt werden. Der Rat der Gemeinde Hemsbünde hat daraufhin die Überprüfung des Geruchsgutachtens beschlossen.
RH Prigge stellt fest, dass keine Zweifel an der Bearbeitungspraxis und Kompetenz der Genehmigungsbehörde bestehen. „Das Bauamt verfügt über die nötige Fachkompetenz und genehmigt gemäß Recht und Gesetz."

RH Prigge fügt hinzu, dass das Gegengutachten von einer Person erstellt wurde, die einer Umweltschutzorganisation nahe steht.

RH Prigge erklärt, dass das Verhalten der Gemeinde Hemsbünde auch als Verhinderungspolitik zu werten wäre.

RF Muschter führt aus, dass bei der erneuten Prüfung der Immissionen ein anderer Belastungsgrad festgestellt worden ist. „Hätte der LK ROW richtig nachgerechnet, hätte er dies auch merken müssen."

RH Hintelmann bemerkt, dass der Gutachter des ersten Gutachtens wirtschaftliche Interessen verfolgt. Das Gegengutachten die Interessen des Naturschutzes. RH Hintelmann betont, dass es durchaus sinnvoll ist, den Kreistag einzuschalten, damit dieser sondiert, „wer Recht hat."

BGM Struck erklärt, dass die Gemeinde eine Sorgfaltspflicht gegenüber Hassel hat, auf die Widersprüche hinzuweisen.

RH Delventhal merkt an, dass „wir keine Fachleute sind, diesen Fall zu beurteilen; im Kreistag sitzen aber auch keine Fachleute. Damit drehen wir uns im Kreis."

RH Philipp erläutert, dass die Gemeinde bisher alle Möglichkeiten genutzt hat, sorgfältig zu arbeiten. RH Philipp ergänzt, dass lediglich Hinweise von der Gemeinde über zwei unterschiedliche Meinungen gegeben werden, verbunden mit der Bitte an die dritte Instanz diese Widersprüche abzuklären.

RF Muschter verweist auf § 35 Abs. 3 Nr. 3, wonach die Pflicht besteht, die Umwelt vor den schädlichen Einflüssen zu schützen und das Recht diese durchzusetzen, um öffentliche Interessen zu wahren.

RF Frömming betont, dass die vorgeschlagene Vorgehensweise kein Risiko für die Gemeinde darstellt. Auf Grund der Dichte der geplanten Mastställe wurde auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung seitens der Gemeinde angeregt, auf die der LK ROW bisher hat keine juristischen Antworten gegeben hat. RF Frömming ergänzt, dass die Gemeinde sowohl gegenüber dem Investor als auch für die Bürger Verantwortung zu tragen hat.

RH Hintelmann stellt fest, dass erhebliche Diskrepanzen zwischen den Gutachten auffallen und stellt den Antrag der Kreistag möge die Entscheidung über die Genehmigung des Rindermaststalles in Hassel an sich ziehen.

Der Antrag wird mit 6 Dafür-Stimmen, 3-Dagegen-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

TOP 11 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde

- Im Juli findet die alljährliche **Verkehrsschau** statt
- Die nächste Bohrung auf der **Bohrstelle Z1** in Worth wird frühestens 2014 stattfinden
- Der Fertigstellungstermin des Projekts **„natürlich-natürlich"** ist für den 31.03.2013 vorgesehen. Eine offizielle Eröffnungsveranstaltung wird im Sommer stattfinden.
- Der Antrag auf dem **Vorwegweiser** vor der Einmündung K 206 das „Gewerbegebiet Drögekamp" anzuzeigen ist genehmigt worden
- Die **Bauschuttlagerungen** in der Rodaustraße wurden entfernt
- Die **Straßenbäume** im „Hohen Feldweg" und im „Bartelsdorfer Weg" wurden auf das Lichtraumprofil ausgeschnitten
- Die **KfW** hat die neuen Konditionen für Kredite bekanntgegeben

- Am 26.03. findet die Abnahme der **Bürgersteigerneuerungsmaßnahme** in der „Dorfstraße" statt.

TOP 12 Behandlung von Anfragen und Anregungen

- RF Muschter erfragt, ob in der geplanten Ratssitzung am 11.04. die Ergebnisse des neuen Immissionsgutachten vorgestellt werden
BGM Struck erklärt, dass dies heute in der Bürgerfragestunde möglich ist

- RH Brinker regt an, Strauchschnitt vor Ort zwischen zu lagern und dort zu schreddern. Das spart Zeit und Fahrtkosten.

TOP 13 Bürgerfragestunde

- Wird die Dauer der **Straßenbeleuchtung** durch gesetzliche Vorgaben geregelt? Wenn nein, kann die Straßenbeleuchtung in Hassel bereits früher ausgeschaltet werden.

BGM Struck erklärt, dass die Straßenbeleuchtung nicht gesetzlich geregelt ist. Die Straßenbeleuchtung dient der öffentlichen Sicherheit. Für das Gemeindegebiet von Hemsbünde werden die Lampen morgens um 5.30 Uhr angeschaltet und um 23.30 abgeschaltet. Der Hinweis für Hassel wird aufgenommen.

- Die Einführung des 1 ½-fachen Gebührensatzes für die **Betreuung von auswärtigen Kindern** im Kiga widerspricht dem Freistellungsgedanken für das 2. und 3. Kigajahr. Diesbezüglich haben sich die Elternvertreterinnen an das Ministerium und den Landrat gewandt, und um eine schriftliche Stellungnahme gebeten.

BGM Struck erklärt, dass am 8.4. eine Besprechung beim LK ROW anberaumt ist (Thema Kindergartengebühren). Möglicherweise werden dann schon Ergebnisse vorgestellt.

- RF Muschter stellt die Inhalte des neuen Immissionsgutachtens vor. Folgende Kernaussagen werden gegeben:

  - Wie wirkt Ammoniakbelastung auf die Umwelt?
  - Wie berechnet man die Umweltbelastung?
  - Vorstellung des getrennten Berechnungsschlüssel von Ammoniak und Stickstoff
  - Aussagebewertung: „Ist die Ammoniakbelastung gering, ist auch die Stickstoffbelastung gering"

    Im ersten Gutachten wurde der Grundsatz der getrennten Berechnung dieser beiden Werte missachtet. Der Gutachter wurde in einem Schreiben des Ministeriums auf diesen Fehler hingewiesen. Die Anwendung des korrekten Berechnungsschlüssels ergibt eine 600% Mehrbelastung der Umwelt.

Bürgermeister Struck bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die öffentliche Sitzung um 21.25 Uhr.

Anwesenheitsliste der Sitzung des Gemeinderates vom 20.03.2013

Brinker, Ludgerus	
Bömeke, Sven	
Delventhal, Welf	
Frömming, Barbara	
Heinecke, Thomas	
Hintelmann, Martin	
Muschter, Carolin	
Philipp, Udo	
Prigge, Jens	
Schmeichler, Sieghart	
Struck, Manfred	
als Protokollführerin Astrid Ringleb	